

## **Antrag**

**der Abgeordneten Frau Eid, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN**

### **Auswirkungen der Anpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in der Dritten Welt**

Die Auswertung der öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 5. November 1986 zum Thema „Einfluß der von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds geforderten Anpassungsprogramme auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit“ ergab folgende Schlußfolgerungen:

Die Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank sind einseitig den Interessen der westlichen Gläubigerstaaten, ihren Banken und transnationalen Konzernen verpflichtet. Kurzfristig sollen die Maßnahmen die Zahlungsfähigkeit der Staaten in der Dritten Welt sicherstellen, damit der Schuldendienst gegenüber den ausländischen Kreditgebern fristgerecht getätigt werden kann. Strategisches Ziel der von IWF und Weltbank erzwungenen wirtschaftspolitischen Korrekturen ist es, die Überschuldung der Dritten Welt als Hebel zu nutzen, um ihre Integration in das westlich dominierte Weltwirtschaftssystem zu vertiefen.

Grundlage des Anpassungsansatzes von IWF und Weltbank ist ein weltmarktorientiertes, privatkapitalistisches Ordnungsmodell, das zwangsläufig zu einem Ausbau der Abhängigkeit der Schuldnerländer von den wirtschaftlich überlegenen Staaten führt. Dabei werden die natürlichen Reichtümer der Dritte-Welt-Länder schonungslos geplündert, die Naturkreisläufe unwiderruflich geschädigt sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen fast aller Bevölkerungsgruppen auf die Erfordernisse der Weltmarktkonkurrenz zugeschnitten. Weil IWF und Weltbank die nationalen Volkswirtschaften in der Dritten Welt weit für ausländische Wirtschaftsinteressen öffnen, schrumpfen die Spielräume für binnenmarkt- und selbsthilfeorientierte Entwicklungsansätze.

Die Menschen in der Dritten Welt leiden aber nicht nur unter den Eingriffen von Weltbank und IWF und den Auswirkungen der ungerechten Weltwirtschaftsordnung. In vielen Staaten tragen einheimische Staats- und Wirtschaftseliten Mitverantwortung für die explodierende Auslandsverschuldung, Aufrüstung, Korruption, verfehlte Industrialisierungsstrategien sowie interne Repression

und Ausbeutung. Es muß allerdings gesehen werden, daß diese Eliten ihre Eigeninteressen häufig nicht aus eigener Kraft gegen die Bevölkerung durchsetzen können, sondern mit gezielter finanzieller und militärischer Unterstützung aus dem Ausland an der Macht gehalten werden.

Eine Lösung der Schuldenkrise im Interesse der verarmten Bevölkerungsmehrheiten in der Dritten Welt kann durch das bisherige Krisenmanagement von IWF und Weltbank nicht geleistet werden. Erforderlich sind Veränderungen der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitiken, die unmittelbar die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ärmsten und Schwächsten verbessern, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen sowie lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Damit sind tiefgehende strukturelle Eingriffe in das Weltwirtschaftssystem zu Lasten der Staaten (z. B. der Bundesrepublik Deutschland) verbunden, die sich bisher auf Kosten anderer bereichern konnten. Die umfassende Schuldenstreichung ist ein erster Schritt in Richtung auf eine gerechte und solidarische Weltwirtschaftsordnung.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung zu folgenden Schritten auf:

1. Den Anpassungsprogrammen von IWF und Weltbank soll solange die Unterstützung entzogen werden, wie diese einseitig Gläubigerinteressen verpflichtet sind und die Weltmarktintegration der Dritte-Welt-Staaten vorantreiben.
2. Es sollen keine Mittel der bilateralen Zusammenarbeit zur Unterstützung der Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank zur Verfügung gestellt werden (z. B. „Strukturhilfen“).
3. Die Bundesdeutsche Entwicklungshilfe soll ausschließlich zur Förderung binnenmarkt- und selbsthilfeorientierter Entwicklungswege im Interesse der Armen in der Dritten Welt eingesetzt werden.

Bonn, den 8. Februar 1988

**Frau Eid**

**Volmer**

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion**